

## 58. Mündener Gespräche

*Während die klassische Ökonomie noch die Rolle der Natur bei der Hervorbringung des „Wohlstands der Nationen“ (Adam Smith) im Blick hatte, betrachtet die Ökonomie seit rund einhundert Jahren das Sozialprodukt der Gesellschaft nur noch als Ergebnis des Einsatzes von Arbeit, Kapital und technischem Fortschritt. Boden und sonstige Ressourcen zählt sie zum Kapital und behandelt sie wie Waren, mit denen sich Handel treiben und spekulieren lässt.*

Inzwischen erweist sich, dass diese Behandlung der natürlichen Lebensgrundlagen einerseits Privilegien schafft und – aus diesen folgend – Zwietracht hervorruft. Und andererseits führt sie mit der Übernutzung von Gemeinschaftsgütern zu schwerwiegenden ökologischen Fehlentwicklungen. Die gewaltsamen Konflikte um Ressourcen und die von der Erderwärmung ausgehende Zunahme von ökologischen Ungleichgewichten sind hierfür unübersehbare, bedrohliche Anzeichen.

**HUMANE WIRTSCHAFT** 04/2016

am 29. und 30. Oktober 2016  
in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal

Terminhinweis der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft



Beide Krisenentwicklungen werden in Zukunft, wenn sie nicht gebremst werden, immer mehr Menschen in existenzielle Not bringen und zur Flucht aus ihrer bisherigen Heimat zwingen. Es wird daher höchste Zeit, dass sich eine genügende Anzahl von Menschen bewusst wird, dass der Boden, die Ressourcen und die Erdatmosphäre gemeinschaftliche Güter aller Menschen sind, deren private Nutzung zwar möglich bleiben muss, aber nicht länger wildwüchsig erfolgen darf.

Dieser Grundgedanke stand bereits einmal im Mittelpunkt der sog. Bodenrechtsreformbewegung. Der amerikanische Sozialreformer Henry George betrachtete im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts nicht nur den Boden, sondern auch die Ressourcen und die Erdatmosphäre als „Land“ und gemeinschaftliches Gut aller Menschen. Und der deutsche Sozialreformer Silvio Gesell widersprach der Rede von der ‚englischen Kohle‘, dem ‚deutschen Kali‘ oder dem ‚amerikanischen Erdöl‘. Er betrachtete

alle irdischen Ressourcen als gemeinschaftliche Menschheitsgüter, für deren private Nutzung durch die Weltgemeinschaft Nutzungsentgelte erhoben werden sollten, welche sodann in gleichen Pro-Kopf-Beträgen an jeden einzelnen Menschen zurückfließen sollten.

Bisherige Versuche, die Nutzung von Umweltgütern mit Preisen zu belegen wie die Öko-Steuer oder die CO<sub>2</sub>-Zertifikate, bleiben noch weit hinter den Grundgedanken der Bodenrechtsreformbewegung zurück. Letztere bedürfen aber der Aktualisierung und Weiterentwicklung. Der friedens- wie der umweltpolitische Gehalt dieser Weiterentwicklungen soll in diesem Herbst bei den Mündener Gesprächen ausgelotet werden.

Siehe auch Seite 25 in dieser Ausgabe. Ausführliche Informationen zur Anmeldung und ein Online-Formular finden Sie unter:

<https://goo.gl/quXsQ5>